



Eingaben im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong ab 2018/2019 [44]

1. Kantone [23]

- Kanton Zürich
- Kanton Bern
- Kanton Uri
- Kanton Schwyz
- Kanton Obwalden
- Kanton Nidwalden
- Kanton Glarus
- Kanton Zug
- Canton de Fribourg
- Kanton Basel-Stadt
- Kanton Basel-Landschaft
- Kanton Schaffhausen
- Kanton Appenzell Ausserrhoden
- Kanton Appenzell Innerrhoden
- Kanton St. Gallen
- Kanton Graubünden
- Kanton Aargau
- Kanton Thurgau
- Cantone Ticino
- Canton de Vaud
- Canton du Valais
- Canton de Neuchâtel
- Canton de Genève



→ SF



Kanton Zürich
Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

9. Januar 2018 (RRB Nr. 24/2018)

**Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informations-
austauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 13. Oktober 2017, mit dem Sie uns die Entwürfe der beiden Bundesbeschlüsse über die Genehmigung der bilateralen Abkommen mit Singapur und Hongkong über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) ab 2018/2019 zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Singapur und Hongkong sind bedeutende Konkurrenzfinanzplätze. Durch die Einführung des AIA mit Singapur und Hongkong will der Bundesrat das Ansehen und die Integrität des Schweizer Finanzplatzes sowie dessen Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene stärken. Singapur und Hongkong erfüllen damit die Kriterien, die der Bundesrat für die Einführung des AIA festgelegt hat.

Singapur und Hongkong haben sich anfänglich für den bilateralen Weg zur Umsetzung des AIA entschieden. In der Zwischenzeit hat Singapur seine Strategie geändert und das MCAA am 21. Juni 2017 unterzeichnet. Hongkong zieht dies ebenfalls in Betracht. Trotz dieser Entwicklungen hält die Schweiz aus Zeitgründen daran fest, den AIA mit Singapur und Hongkong gestützt auf ein bilaterales Abkommen einzuführen. Nur so kann der AIA bereits 2018 mit einem ersten Datenaustausch 2019 aktiviert werden. Es handelt sich dabei allerdings erst um eine vorläufige Aktivierung (Art. 7b Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, RVOG, SR 172.010). Aufgrund des zeitaufwendigen innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens ist es für die Schweiz nicht möglich, die Abkommen bereits auf diesen Zeitpunkt in Kraft zu setzen. Die Behandlung dieser Abkommen durch die eidgenössischen Räte ist 2018 geplant, so dass die Abkommen nach Ablauf der Referendumsfrist im Frühling 2019 ratifiziert werden können.



Das bilaterale AIA-Abkommen mit Singapur beruht auf Art. 6 des Amtshilfeübereinkommens, das für Singapur seit 2016 in Kraft ist, wonach zwei oder mehrere Vertragsstaaten den automatischen Informationsaustausch vereinbaren können. Im Unterschied zu Singapur hat Hongkong das Amtshilfeübereinkommen noch nicht unterzeichnet. Aufgrund dessen haben die Schweiz und Hongkong ein eigenständiges bilaterales Abkommen zur Einführung des AIA geschlossen, das punktuell auf das Abkommen zwischen der Schweiz und Hongkong zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen (DBA Schweiz–Hongkong, SR 0.672.941.61) verweist.

Gemäss dem erläuternden Bericht erfüllen Singapur und Hongkong die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Regularisierungsmöglichkeit sowie die Datensicherheit in Steuersachen. Zur weiteren Verbesserung des Datenschutzes kann der informierende Staat dem empfangenden Staat mitteilen, welche Datenschutzvorkehrungen dieser zu erfüllen hat (vgl. Art. 5 Ziff. 1 des AIA-Abkommens mit Hongkong und Abschnitt 5 Ziff. 1 sowie Anhang II des AIA-Abkommens mit Singapur). Im Hinblick auf den Marktzugang im Finanzsektor besteht die Bereitschaft, das heute bestehende Marktzugangsniveau zu gewährleisten und Möglichkeiten zur gegenseitigen Verbesserung des Marktzugangs weiter zu prüfen, was im Sinne der schweizerischen Finanzdienstleister ist. Zusammenfassend erfüllen Singapur und Hongkong somit die vom Bundesrat festgelegten Kriterien für die Einführung eines gegenseitig wirksamen AIA.

Gestützt auf Ihre Ausführungen im erläuternden Bericht stimmen wir den beiden Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Genehmigung des Abkommens mit Singapur und Hongkong über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zu.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:



Von: Simon Beatrice, FIN-GS <beatrice.simon@fin.be.ch>
Gesendet: Montag, 6. November 2017 11:33
An: _SIF-Vernehmlassungen
Betreff: WG: Vernehmlassung: AIA mit Singapur und Hongkong

Sehr geehrter Herr Bundesrat, lieber Ueli
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Stellungnahme vom 18. März 2015 zum Ausdruck gebracht, dass er die Bestrebungen für einen steuerlich konformen Finanzplatz und die weltweite Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt. Er hat deshalb der Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (multilaterale Vereinbarung) und dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) zugestimmt ([RRB 316/2015](#)).

Damit der AIA mit einem bestimmten Partnerstaat eingeführt werden kann, muss er jeweils bilateral vereinbart werden, was vorliegend mit Singapur und Hongkong angedacht ist. Bei dieser Umsetzung besteht kein massgeblicher politischer Handlungsspielraum mehr. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Kanton Bern auf eine formelle Stellungnahme und dankt Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Beatrice Simon

Regierungsrätin/Finanzdirektorin
Telefon [+41 31 633 43 04](tel:+41316334304) (direkt), beatrice.simon@fin.be.ch

Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12, 3011 Bern
Telefon [+41 31 633 44 66](tel:+41316334466), info.fin@fin.be.ch, www.fin.be.ch

Von: Bundesvernehmlassung [<mailto:collaboration@be.ch>]
Gesendet: Dienstag, 17. Oktober 2017 16:16
An: Schmid Fabienne, FIN-GS <fabienne.schmid@fin.be.ch>
Betreff: VNL-Bund - Bundesbeschlüsse über die Genehm...

[Bundesvernehmlassung](#)

Bundesbeschlüsse über die Genehm... wurde hinzugefügt

[Einstellungen für meine Benachrichtigungen ändern](#) | [Ansicht Bundesbeschlüsse über die Genehm...](#) | [Ansicht VNL-Bund](#) | [Mobile Ansicht](#)

Titel: Bundesbeschlüsse über die Genehmigung der Abkommen mit Singapur und Hongkong über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten ab 2018/2019

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Altdorf, 23. Oktober 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 zur Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong eingeladen. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen.

Der Regierungsrat hat am 14. März 2016 beschlossen, auf Stellungnahmen zur Einführung des AIA mit weiteren Partnerstaaten zu verzichten, soweit die bilateral aktivierten Abkommen dem globalen Standard entsprechen. Für die Kenntnisnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Finanzdirektion



Janett Urs, Finanzdirektor

Von: Finanzdepartement des Kantons Schwyz <fd@sz.ch>
Gesendet: Montag, 4. Dezember 2017 13:41
An: _SIF-Vernehmlassungen
Cc: Alex Kuprecht; petra.goessi@bluewin.ch; marcel.dettling@brunaline.ch; alois.gmuer@parl.ch; peter.foehn@parl.ch; pirmin.schwander@parl.ch; Kaspar Michel; Marc Ehrensperger
Betreff: Vernehm. zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong

An:
- das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen.

Kopie z. K. an:
- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung;
- Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Schwyz;
- Staatskanzlei des Kantons Schwyz.

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat die Kantonsregierungen am 13. Oktober 2017 eingeladen, bis am 27. Januar 2018 zur Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong ab 2018/2019 Stellung zu nehmen.

Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 332 vom 12. April 2016 wurde das Finanzdepartement ermächtigt, sich bei Vernehmlassungen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Ländern direkt für den Kanton Schwyz zu vernehmlassen.

Die Vorlage hat keine direkten Auswirkungen für den Kanton Schwyz. Im Namen des Regierungsrates teilen wir Ihnen mit, dass der Kanton Schwyz hierzu auf eine Stellungnahme verzichtet.

Freundliche Grüsse
Cécile Kessler

Finanzdepartement des Kantons Schwyz
Departementssekretariat
Bahnhofstrasse 15
Postfach 1230
6431 Schwyz

Telefon: +41 41 819 24 95
E-Mail: fd@sz.ch
Internet: www.sz.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Sarnen, 3. November 2017

Vernehmlassung: Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, zur obengenannten Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong Stellung nehmen zu können.

Der Kanton Obwalden verzichtet in diesem Vernehmlassungsverfahren auf eine Stellungnahme.
Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse


Maya Büchi-Kaiser
Landammann



KANTON
NIDWALDEN

FINANZDIREKTION

Bahnhofplatz 3, Postfach 1241, 6371 Stans
Telefon 041 618 71 12, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Bahnhofplatz 3, Postfach 1241

Eidgenössisches
Finanzdepartement (EFD)
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

Alfred Bossard
Regierungsrat
Telefon +41 41 618 71 00
alfred.bossard@nw.ch
Stans, 19. Januar 2018

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 13. Oktober 2017 an die Kantonsregierungen, worin Sie die Kantone um eine Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Mit Datum vom 31. März 2015 hat der Kanton Nidwalden bereits zur Genehmigung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA-Vereinbarung) in zustimmendem Sinne Stellung genommen und seither auch in verschiedenen weiteren Stellungnahmen der Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit zahlreichen Staaten zugestimmt. Wir tun dies auch für Singapur und Hongkong, welche für die Schweiz von grosser Bedeutung sind. Die beiden Staaten verfügen über zwei der weltweit führenden Finanzplätze. Allerdings fordern wir – wie wir dies auch bei früherer Gelegenheit immer wieder moniert haben –, dass diese die Vertraulichkeit der gelieferten Daten ebenso gewährleisten wie die Schweiz.

Freundliche Grüsse
FINANZDIREKTION

Alfred Bossard
Regierungsrat

Geht an:
- vernehmlassungen@sif.admin.ch

per E-Mail
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Glarus, 16. Oktober 2017
Unsere Ref: 2017-195

Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab dem Kanton Glarus in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Glarus überwies das Geschäft dem Departement Finanzen und Gesundheit zur direkten Erledigung. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit den Bundesbeschlüssen über die Genehmigung der Abkommen mit Hongkong und Singapur über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten einverstanden sind.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



Dr. oec. Rolf Widmer
Landammann

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- vernehmlassungen@sif.admin.ch

versandt am: **17. Okt. 2017**



Finanzdirektion, Postfach 1547, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

T direkt 041 728 36 01
heinz.taennler@zg.ch
Zug, 8. Januar 2018
FD FDS 6 / 143 / 96185

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong; Vernehmlassung des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das am 13. Oktober 2017 eröffnete Vernehmlassungsverfahren in oben erwähnter Sache und bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat an seiner Sitzung vom 24. Oktober 2017 die Finanzdirektion mit der direkten Beantwortung der Vernehmlassung beauftragt. Zur Vorlage äussern wir uns wie folgt:

Antrag:

Der automatische Informationsaustausch mit Singapur und Hongkong sei einzuführen.

Begründung:

Der Regierungsrat des Kantons Zug hat in den letzten Monaten schon verschiedentlich Stellung genommen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten und zur Aktivierung dieses Austauschs mit ausgewählten Staaten und Territorien. Er hat die entsprechenden gesetzlichen Vorarbeiten des Bundesrats im Grundsatz stets unterstützt und in früheren Stellungnahmen Anliegen – etwa zum Datenschutz und zu technischen Fragen des elektronischen Austausches mit den Kantonen – eingebracht, welche seither aufgenommen und nach Möglichkeit umgesetzt wurden. Angesichts der sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen ist es für die Schweizer Finanzinstitute, aber auch für die Schweiz als Wirtschaftsstandort, von grosser Bedeutung, sich rechtzeitig auf die neuen Herausforderungen auszurichten und Rechts- und Planungssicherheit anbieten zu können.

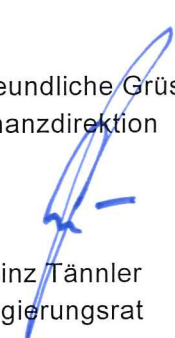
Nachdem der Grundsatzentscheid zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten bereits getroffen wurde, erscheint es nur konsequent, ihn schrittweise auch

auf weitere Staaten und Territorien auszudehnen, mit denen die Schweiz enge wirtschaftliche und politische Beziehungen unterhält und welche die notwendigen Voraussetzungen hinsichtlich Vertraulichkeit und Datensicherheit erfüllen. Im Falle des nun zur Aktivierung vorgesehenen Staates Singapur und der Sonderverwaltungszone Hongkong sind die genannten Kriterien über das Ganze gesehen erfüllt. Daher kann der Aktivierung des Informationsaustauschs zugestimmt werden.

In diesem Sinne unterstützt der Kanton Zug, mit vorliegendem Schreiben vertreten durch die Finanzdirektion, die Einführung des Informationsaustauschs mit Singapur und Hongkong.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Finanzdirektion



Heinz Tännler
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch (als pdf- und Word-Datei)
- Staatskanzlei (Geschäftskontrolle; Aufschaltung im Internet)
- Steuerverwaltung



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Chef du département fédéral des finances
Bernerhof
3003 Berne

Par PDF et sous format Word à :
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Fribourg, le 7 novembre 2017

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec Singapour et Hong Kong

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à votre courrier du 13 octobre 2017 concernant l'objet cité en titre et vous en remercions.

Le canton de Fribourg ne s'oppose pas aux projets d'arrêtés fédéraux mis en consultation. Il reprend néanmoins à son compte la réserve formulée par la Conférence des Directrices et Directeurs cantonaux des finances, dans sa détermination du 27 janvier 2017, selon laquelle « rien ne nous permet de vérifier que les contrôles par le Forum mondial, par l'autorité fiscale américaine (IRS), par la Commission européenne et par le DFF seront aussi rigoureux concernant la confidentialité et la sécurité des données dans les Etats et les territoires qui recevront des informations de la Suisse que ceux qui avaient été appliqués lors de l'examen de la Suisse. Il ne reste qu'à espérer que les engagements pris en faveur de conditions de concurrence équitable à l'échelle mondiale seront respectés. Ceci est d'autant plus important que les règles imposées à la Suisse ont eu pour conséquence que les informations reçues ne sont pas transmises aux autorités fiscales cantonales – par dérogation à l'art. 21 al. 1 LEAR –, sauf par procédure d'appel (art. 32 al. 3 OAR), ce qui accroît encore la charge de travail des autorités cantonales et minimise considérablement les avantages de l'EAR pour la Suisse ».

Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Maurice Ropraz
Président

Au nom du Conseil d'Etat :



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat
für internationale Finanzfragen
Abteilung Steuern
Bundesgasse 3
3003 Bern

Basel, 17. Januar 2018

Regierungsratsbeschluss vom 16. Januar 2018

Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Herr Bundesrat Ueli Maurer, den Kantonsregierungen mit Frist bis 27. Januar 2018 Gelegenheit gegeben, sich zur Genehmigung der Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong vernehmen zu lassen.

Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens. Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat Basel-Stadt den vorgeschlagenen beiden Bundesbeschlüssen über die Genehmigung der bilateralen Abkommen mit Singapur und Hongkong zur Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong per 2018/2019 zustimmt. Die Einführung des AIA-Standards mit diesen Ländern ist die konsequente Folge der Teilnahme der Schweiz am Amtshilfeübereinkommen der OECD und des Europarats.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Liestal, 16. Januar 2018

Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong; Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 ersuchen Sie uns, im Rahmen einer Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Genehmigung der entsprechenden Bundesbeschlüsse unsere Stellungnahme abzugeben, was wir hiermit gerne wahrnehmen.

Die mit den jeweiligen Bundesbeschlüssen vorgesehene bilaterale Aktivierung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit Singapur und Hongkong entsprechen der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem wie bisher zustimmen.

Wir stimmen hiermit auch allen inskünftigen Bundesbeschlüssen zu, welche die gleiche Thematik beinhalten, nämlich die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit anderen Partnerstaaten und Territorien. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft verweist in diesem Zusammenhang auf die bereits abgegebene und einlässliche Stellungnahme vom 14. April 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäusserten Vorbehalten zur Reziprozität und Spezialität halten wir aber durchgehend fest.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll


Monica Gschwind
Vize-Regierungspräsidentin


Peter Vetter
Landschreiber

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement

J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen

www.sh.ch

T +41 52 632 72 50

F +41 52 632 77 09

rosmarie.widmer@ktsh.ch



Finanzdepartement

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernhof
3003 Bern

Per E-Mail:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schaffhausen, 3. Januar 2018

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 haben Sie uns eingeladen, zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong Stellung zu nehmen. Hierfür danken wir Ihnen.

Mit der vorliegenden Vorlage soll das Schweizer Netz von AIA-Partnerstaaten auf die asiatischen Finanzplätze Singapur und Hongkong ausgeweitet werden. Somit steht die Vorlage im Einklang mit der Strategie des Bundesrates, welche darauf abzielt, die internationalen Standards im Bereich des Steuerrechts umzusetzen, um damit das Ansehen und die Integrität des Schweizer Finanzplatzes und dessen Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene zu stärken. Gemäss Ihrem erläuternden Bericht erfüllen sowohl Singapur als auch Hongkong die Anforderungen bezüglich der Vertraulichkeit und Datensicherheit. Insgesamt heissen wir das Abkommen gut.

Freundliche Grüsse

Rosmarie Widmer Gysel
Regierungsrätin



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 17. November 2017 / ssc

Eidg. Vernehmlassung; Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 29. September 2017 das EFD beauftragt, zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit Singapur und Hongkong ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden verzichtet auf eine Stellungnahme.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Finanzdepartement
3003 Bern

Appenzell, 7. Dezember 2017

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong zukommen lassen. Die Standeskommission nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die mit dem Bundesbeschluss vorgesehene bilaterale Aktivierung des AIA mit Singapur und Hongkong entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem grundsätzlich zustimmen. Die im erläuternden Bericht dargelegten positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen erscheinen zudem nachvollziehbar.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der Standeskommission vom 26. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäusserten Vorbehalten halten wir ausdrücklich fest.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme, bitten um Berücksichtigung unserer Anliegen und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- vernehmlassungen@sif.admin.ch
- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 23. Januar 2018

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Singapur und Hongkong erfüllen offenkundig die Anforderungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hinsichtlich Vertraulichkeit und Datensicherheit, und sie gewähren angemessene Möglichkeiten zur Regularisierung unversteuerter Vermögenswerte; zudem wurde im Rahmen der Verhandlungen sowohl mit Singapur als auch mit Hongkong die Absicht bekräftigt, den Marktzugang für Finanzdienstleister gegenseitig zu verbessern. Die beiden bilateralen AIA-Abkommen erfüllen damit die Kriterien und Rahmenbedingungen gemäss dem Verhandlungsmandat des Bundesrates vom 8. Oktober 2014. Vor diesem Hintergrund begrüssen wir die Abkommen mit den beiden wichtigen Finanzplätzen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Fredy Fässler
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Von: Ryffel Beat <Beat.Ryffel@dfg.gr.ch>
Gesendet: Dienstag, 17. Oktober 2017 14:54
An: _SIF-Vernehmlassungen
Betreff: AIA über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong - Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir haben die Vorlage angeschaut. Der Kanton Graubünden verzichtet auf eine Stellungnahme.
Besten Dank für die Einladung.

Freundliche Grüsse

Beat Ryffel

Departement für Finanzen und Gemeinden Graubünden (DFG)

Beat Ryffel, Departementssekretär
Rosenweg 4
7001 Chur
Tel. 081 257 32 11 / Fax 081 257 21 90
e-mail: Beat.Ryffel@dfg.gr.ch

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

Kantonales Steueramt

Dr. Dave Siegrist
Vorsteher
Tellstrasse 67, Postfach
5001 Aarau
Telefon 062 835 25 31
dave.siegrist@ag.ch
www.ag.ch/steuern

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Aarau, 21. Dezember 2017

**Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkon-
ten mit Singapur und Hong Kong**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 den Regierungsrat des Kantons Aargau zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit eingeladen, wofür wir uns bestens bedanken. Der Regierungsrat hat das Kantonale Steueramt ermächtigt, direkt eine Vernehmlassung einzureichen.

Der Kanton Aargau stimmt den Bundesbeschlüssen in rubrizierter Angelegenheit zu.

Freundliche Grüsse

Kantonales Steueramt



Dr. Dave Siegrist
Vorsteher

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Finanzdepartement
Herr Ueli Maurer
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 9. Januar 2018

13

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die uns mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 eingeräumte Möglichkeit zur Vernehmlassung in obgenannter Sache, wovon wir gerne Gebrauch machen.

Die mit dem Bundesbeschluss vorgesehene bilaterale Aktivierung des AIA mit Singapur und Hongkong entspricht der eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz, weshalb wir diesem grundsätzlich zustimmen. Die im erläuternden Bericht dargelegten positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen erscheinen zudem nachvollziehbar.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren vom 27. März 2015 zur generellen Implementierung des AIA. An den darin geäußerten Vorbehalten zur Reziprozität und Spezialität halten wir ausdrücklich fest.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates


Der Staatsschreiber




5796

fr

0

20 dicembre 2017

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Egregio signor
Ueli Maurer
Direttore del Dipartimento federale
delle finanze
Bundesgasse 3
3003 Berna

*Invio per posta elettronica:
vernehmlassungen@sif.admin.ch*

Procedura di consultazione concernente l'introduzione dello scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari con Singapore e Hong Kong

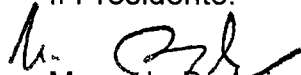
Egregio signor Consigliere federale,

facciamo riferimento alla consultazione indicata a margine e la informiamo che non abbiamo osservazioni da formulare poiché il nostro parere in merito ricalca quanto esposto nella nostra presa di posizione del 15 aprile 2015 riguardo alla *procedura di consultazione concernente l'approvazione e l'attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale e alla procedura di consultazione concernente l'approvazione dell'accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari nonché della legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazioni in materia fiscale.*

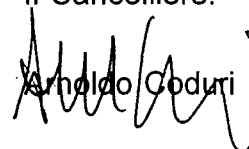
Voglia gradire, signor Consigliere federale, l'espressione della nostra alta stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:


Manuele Bertoli

Il Cancelliere:


Arnoldo Coduri

Allegata:

Presa di posizione del 15 aprile 2015

Copia per conoscenza a:

Divisione delle contribuzioni (dfe-dc@ti.ch)

Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)

Pubblicazione in internet

numero			Bellinzona
1627	cl	2	15 aprile 2015

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Gentile Signora
Eveline Widmer-Schlumpf
Direttrice del Dipartimento federale
delle finanze
Bundesgasse 3
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Procedura di consultazione concernente l'approvazione e l'attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale

e

Procedura di consultazione concernente l'approvazione dell'accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari nonché della legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazioni in materia fiscale

Gentile Signora Consigliera federale,

facciamo riferimento alle due consultazioni indicate a margine e, ringraziandola per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, con la presente le rendiamo note le nostre osservazioni.

Preliminarmente ci preme sottolineare che i due oggetti posti in consultazione vengono evasi con un'unica presa di posizione essendo gli stessi in stretta connessione, in effetti la Convenzione conclusa tra il Consiglio d'Europa e l'OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale (detta in seguito Convenzione sull'assistenza amministrativa) costituisce la base giuridica di trattati internazionali quali l'Accordo internazionale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative ai conti finanziari (Multilateral Competent Authority Agreement, detto in seguito MCAA).

La Convenzione sull'assistenza amministrativa prevede tre tipi di scambio di informazione:

1. scambio d'informazione su domanda (art. 5 della Convenzione sull'assistenza amministrativa) corrispondente allo standard OCSE come stabilito nell'art. 26 del modello di convenzione dell'OCSE e del relativo commento, anche per quanto attiene lo scambio di informazioni per le domande raggruppate;
2. scambio spontaneo d'informazione (art. 7 della Convenzione sull'assistenza amministrativa). Questo elemento costituisce una nuova forma di collaborazione per la Svizzera in quanto in questa tipologia di scambio una parte comunica volontariamente e spontaneamente informazioni (quindi senza che vi sia una domanda preliminare);
3. scambio automatico d'informazioni (art. 6 della Convenzione sull'assistenza amministrativa), segnatamente due o più parti possono convenire in determinati casi e secondo una procedura concordata congiuntamente di scambiarsi informazioni automaticamente. In tale ambito, l'OCSE, su impulso degli Stati del G20 e del G8 ha presentato, già il 13 febbraio 2014, un importante rapporto su uno standard internazionale riguardante lo scambio automatico d'informazione¹. Secondo questo nuovo standard gli Stati devono ottenere informazioni bancarie dai loro istituti finanziari e scambiarle automaticamente con gli altri Paesi su base periodica. Il nuovo standard per lo scambio automatico di informazione è stato adottato il 6 maggio 2014 alla riunione del consiglio dell'OCSE². Unitamente ad altre misure per la sua implementazione (segnatamente le modalità tecniche), la sua versione completa (realizzata il 21 luglio 2014 dall'OCSE³) è stata formalmente presentata dagli Stati del G20 il 20-21 settembre 2014 in Australia⁴. Questo nuovo standard è stato praticamente accettato mondialmente, infatti 93 Paesi vi hanno aderito⁵.

Viste le tre forme di assistenza sopradescritte si ritiene opportuno già formulare una prima considerazione: la Convenzione sull'assistenza amministrativa congloba in una unica soluzione, con tutti i Paesi firmatari, una politica di scambio di informazioni

¹ OCSE, Standard for Automatic Exchange of Financial Account Information (2014), disponibile su <http://www.oecd.org/ctp/exchange-of-tax-information/automatic-exchange-financial-account-information-common-reporting-standard.pdf>.

² Riunione del Consiglio dell'OCSE (livello ministeriale) "Declaration on Automatic Exchange of Information in Tax Matters", Parigi 6-7 maggio 2014, disponibile su <http://www.oecd.org/mcm/MCM-2014-Declaration-Tax.pdf>.

³ OCSE, Standard for Automatic Exchange of Financial Account Information in Tax Matters, (2014), disponibile su <http://www.oecd.org/ctp/exchange-of-tax-information/standard-for-automatic-exchange-of-financial-information-in-tax-matters.htm>.

⁴ G20, Comunicato sulla riunione dei G20 ministri delle finanze, Cairns (20-21 Settembre 2014), disponibile su <http://g20watch.edu.au/sites/default/files/docs/CAIRNS%20September%202014%20communique%20-%20FINAL.pdf>

⁵ OCSE, Global Forum on Transparency and Exchange of Information, AEOI: Status of Commitments, Stato al 6 marzo 2015, disponibile su <http://www.oecd.org/tax/transparency/AEOI-commitments.pdf>.

fiscali molto ampia, compresi quindi quegli Stati con i quali, ad esempio, non si è ancora negoziato in modo bilaterale l'articolo 26 modello OCSE aggiornato.

Si osserva inoltre che La Svizzera ha firmato la Convenzione sull'assistenza amministrativa il 15 ottobre 2013⁶, quando questo atto non era ancora stato ratificato, ha inoltre deciso di firmare e di sottoscrivere, in data 19 novembre 2014, il MCAA⁷. Il MCAA costituisce l'accordo che consente di attuare lo scambio automatico d'informazioni prevedendo che siano scambiate informazioni ottenute conformemente alle regole definite nella Norma comune di dichiarazione e di ragionevole diligenza concernente le informazioni relative ai conti finanziari sviluppata dall'OCSE. Come altri 51 Stati la Svizzera ha sottoscritto il MCAA basandosi sull'art. 6 della Convenzione sull'assistenza amministrativa⁸, facendo sì che l'entrata in vigore di quest'ultima Convenzione fosse la condizione per l'introduzione dello scambio automatico di informazioni. Sarebbe stato auspicabile, diversamente dalla strategia adottata dal Consiglio federale ed ora posta in consultazione, che questi due accordi internazionali non fossero connessi l'uno con l'altro onde dare modo al Parlamento di poter valutare la portata giuridica di entrambi in maniera autonoma. Seppur coscienti che la Svizzera deve creare le basi legali di diritto internazionale al fine di attuare lo scambio automatico d'informazioni⁹, si poteva scegliere di concludere dei trattati autonomi che prevedono l'introduzione di uno scambio automatico di informazioni¹⁰, simili all'accordo parafato in data 19 marzo 2015, tra la Svizzera e l'UE¹¹ (che sarà sottoposto in seguito al voto parlamentare) il quale costituisce una base legale sufficiente, al pari di accordi singoli con giurisdizioni che contemplano l'introduzione dello scambio bilaterale di informazioni in modo automatico, che pure sono da sottoporre alla procedura ordinaria di approvazione e all'approvazione dell'Assemblea federale. Agendo in tal modo la Svizzera avrebbe avuto più garanzie sull'implementazione in modo uniforme di uno standard globale per un processo di "regole del gioco uguali per tutti", come questo esecutivo aveva già rilevato nella presa di posizione inviata alla Conferenza dei governi cantionali, in data 27 agosto 2014, concernente i progetti di mandato di negoziazione con l'UE e con altri Stati sullo scambio automatico d'informazione.

⁶ OCSE, Comunicato stampa, Switzerland signs Multilateral Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters, disponibile su <http://www.oecd.org/newsroom/switzerland-signs-multilateral-convention-on-mutual-administrative-assistance-in-tax-matters.htm>.

⁷ SIF, Comunicato stampa, La Svizzera intraprende un ulteriore passo verso l'introduzione dello scambio automatico d'informazioni, disponibile su <https://www.sif.admin.ch/sif/it/home/dokumentation/medienmitteilungen/medienmitteilungen.msg-id-55327.html>.

⁸ SIF, Comunicato stampa, La Svizzera intraprende un ulteriore passo verso l'introduzione dello scambio automatico d'informazioni, disponibile su <https://www.sif.admin.ch/sif/it/home/dokumentation/medienmitteilungen/medienmitteilungen.msg-id-55327.html>.

⁹ Rapporto esplicativo concernente l'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari e la legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazione in materia fiscale, pag. 7-8.

¹⁰ Modello d'attuazione 1, cfr. Rapporto esplicativo concernente l'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari e la legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazione in materia fiscale, pag. 8.

¹¹ SIF, Comunicato stampa, Svizzera e UE parafano un accordo per lo scambio automatico di informazione in materia fiscale, disponibile su <https://www.news.admin.ch/dokumentation/00002/00015/?lang=it&msg-id=56622>.

Questa strategia alternativa era fattibile. In effetti altri Stati, quali per esempio la Turchia e Monaco, hanno comunicato al Global forum di voler attuare lo standard OCSE sullo scambio automatico di informazione¹², senza che questi fosse concretizzato mediante la Convenzione sull'assistenza amministrativa¹³, benché l'avessero firmata al pari della Svizzera (la Turchia il 3 novembre 2011 e Monaco il 13 ottobre 2014)¹⁴. Questi due Stati hanno già superato le due fasi della peer review del Global forum sulla trasparenza e sullo scambio di informazioni ai fini fiscali¹⁵. E' quindi stato ritenuto che questi Paesi si sono dotati di un sistema effettivo ed efficiente nell'ambito dello scambio di informazioni. In tal senso anche gli Stati Uniti che non hanno aderito allo standard internazionale in materia di scambio automatico di informazioni, ma proseguono con l'implementazione del programma FATCA, hanno già superato la seconda fase della peer review, essendo stati ritenuti dal Global forum "largely compliant". Per inciso si rileva che l'attuazione della normativa FATCA segue un sistema distinto rispetto allo standard sullo scambio automatico di informazioni, causando costi di implementazione ingenti per gli operatori della piazza finanziaria che dovranno dotarsi di sistemi di trasmissione differenti.

In ragione di quanto sopra esposto si ritiene che **sarebbe auspicabile adottare lo scambio automatico di informazione**, che si concorda essere necessario per adeguarsi agli standard internazionali ed al fine di poter superare gli esami del Global forum, **senza che questi trovi il proprio fondamento legale nella Convenzione sull'assistenza amministrativa**. Ritenuto che questa Convenzione comporta delle grosse incognite per quanto attiene lo scambio spontaneo di informazioni, per le ragioni che già il Consiglio federale aveva esposto nel febbraio 2012 quando aveva proposto di respingere la mozione del consigliere Fehr. In effetti la *"riveduta convenzione dell'OCSE e del Consiglio d'Europa sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale del 2010 (convenzione riveduta dell'OCSE e del Consiglio d'Europa) ha per oggetto lo scambio di informazioni in materia fiscale. La convenzione contiene diversi ampliamenti rispetto allo standard dell'OCSE in materia di scambio di informazioni. Essa include infatti disposizioni sullo scambio automatico di informazioni. Nel quadro dell'adesione alla convenzione è tuttavia possibile limitare la maggior parte degli ampliamenti rispetto allo standard dell'OCSE, introducendo riserve in merito ad alcune disposizioni. Non è possibile introdurre riserve riguardo alle domande raggruppate, all'obbligo dello scambio di informazioni spontaneo e alla retroattività in caso di frode fiscale. Dal punto di vista svizzero, la novità più importante è rappresentata, oltre che dalle domande raggruppate, anche dall'obbligo dell'assistenza amministrativa spontanea. Le autorità di tassazione*

¹² OCSE, Global Forum on Transparency and Exchange of Information, AEOI: Status of Commitments, Stato al 6 marzo 2015, disponibile su <http://www.oecd.org/tax/transparency/AEOI-commitments.pdf>

¹³ OCSE, Scambio di informazione, Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matter, disponibile su <http://www.oecd.org/ctp/exchange-of-tax-information/conventiononmutualadministrativeassistanceintaxmatters.htm> e stati che hanno aderito allo scambio automatico d'informazioni sulla base dell'art. 6 di questa convenzione, disponibile su <http://www.oecd.org/tax/exchange-of-tax-information/MCAA-Signatories.pdf>.

¹⁴ OCSE, Giurisdizioni partecipanti alla convenzione sull'assistenza amministrativa, Stato 4 marzo 2015, disponibile su http://www.oecd.org/ctp/exchange-of-tax-information/Status_of_convention.pdf.

¹⁵ OCSE, Global Forum on Transparency and Exchange of Information, Stato marzo 2015, disponibile su <http://www.oecd.org/tax/transparency/GFratings.pdf>.

sono pertanto tenute a informare un altro Stato contraente quando, nel quadro di una tassazione, dispongono di sospetti sufficienti sulla possibilità che questo Stato subisca perdite fiscali. Bisogna inoltre prestare assistenza amministrativa spontanea qualora gli affari tra contribuenti di due Stati contraenti sono svolti in modo da coinvolgere uno o più Paesi terzi e permettere un risparmio di imposte”¹⁶.

Riteniamo che in questo settore vi sia ancora troppa incertezza soprattutto per quanto riguarda lo scambio spontaneo di informazioni mediante procedure di ruling fiscale in materia di imposizione delle persone giuridiche, ritenuto come il Forum dell’OCSE sulle pratiche fiscali dannose sta sviluppando delle raccomandazioni in questo settore in connessione con l’azione nr. 5 del progetto BEPS (Base Erosion and Profit Shifting) dell’OCSE¹⁷. Aderire già oggi ad uno scambio spontaneo di informazioni in un settore così delicato ci sembra prematuro. È infatti comunemente ritenuto che un’efficiente scambio spontaneo d’informazioni dipende dalle iniziative dello Stato che le trasmette e questi deve fare i passi necessari affinché le informazioni necessarie all’altro Stato siano rese disponibili¹⁸. Non essendoci chiarezza su come si voglia attuare questa tipologia di scambio e sulle aspettative degli altri Stati riteniamo l’adesione alla Convenzione sull’assistenza amministrativa, in questo momento, inopportuna. Tanto più che il rapporto esplicativo in merito alla Convenzione stessa elenca degli esempi ma non da direttive precise in tale ambito¹⁹. Anche la modifica della Legge sull’assistenza amministrativa fiscale (detta in seguito LAAF) non fornisce dettagli riservando al Consiglio federale di promulgare un’Ordinanza di attuazione²⁰.

Quanto sopraesposto può essere schematicamente riassunto, nel modo seguente (facendo astrazione delle leggi interne di applicazione):

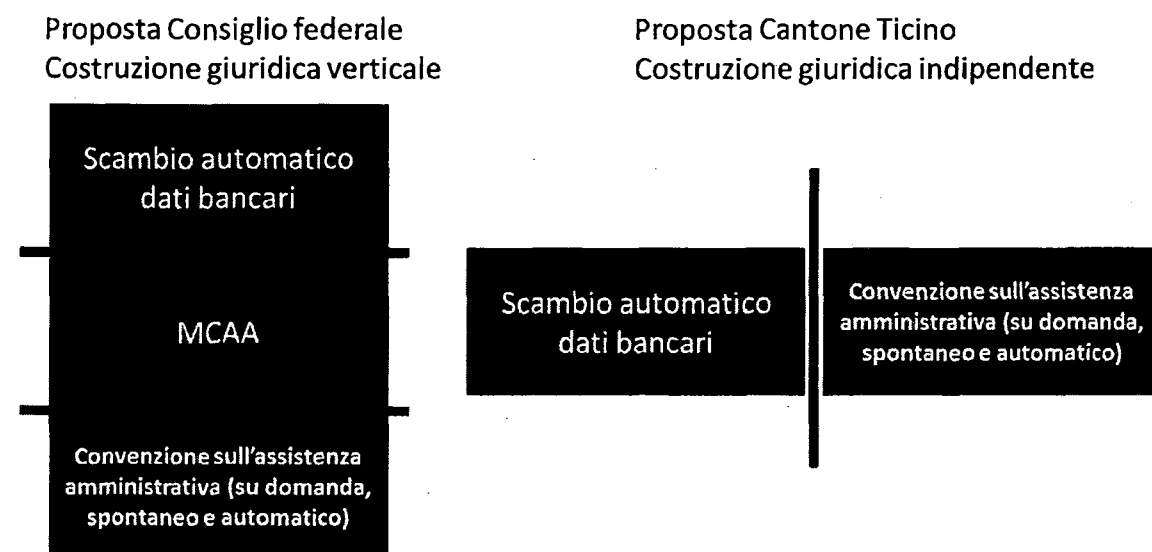
¹⁶ Mozione 11.4100, Mozione Hans-Jürg Fehr, Adesione alla convenzione dell’OCSE e del Consiglio d’Europa sulla reciproca assistenza in materia fiscale del 21 dicembre 2012.

¹⁷ OCSE, G20, Base Erosion and Profit Shifting Project, Countering Harmful Tax Practices More Effectively, Taking into Account Transparency and Substance, Action 5: 2014 Deliverables, pag. 64-65.

¹⁸ Achim Pross e Raffaele Russo, “The Amended Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters: A Powerful Tool To Countour Tax Avoidance and Evasion”, Bulletin for International Taxation, Luglio 2012, pag. 362.

¹⁹ Rapporto esplicativo concernente la Convenzione del Consiglio d’Europa e dell’OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale e modifica della legge sull’assistenza amministrativa fiscale, commento ad art. 7, pag. 15-16.

²⁰ Rapporto esplicativo concernente la Convenzione del Consiglio d’Europa e dell’OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale e modifica della legge sull’assistenza amministrativa fiscale, commento ad art. 22a LAAF, pag. 28.



Nell'ipotesi che s'intenda comunque procedere con la ratifica della Convenzione sull'assistenza amministrativa e in vista dell'onere amministrativo che ne deriverà è importante che i Cantoni siano coinvolti nel processo di implementazione dello scambio spontaneo d'informazione (il Cantone Ticino è parte del gruppo di lavoro specifico). In effetti, data la sua natura, lo scambio spontaneo di informazioni è strettamente connesso alla partecipazione attiva e alla cooperazione delle autorità di tassazione locali²¹. La presenza del Cantone Ticino nel gruppo di lavoro è dovuta alla sua richiesta di esaminare lo scambio spontaneo di informazioni relative ai redditi conseguiti dai lavoratori indipendenti e dai lavoratori distaccati conseguiti sul territorio di uno Stato da parte dei residenti nell'altro Stato²².

Per quanto attiene il Decreto federale concernente l'approvazione della Convenzione sull'assistenza osserviamo che il Consiglio federale intende, in base all'art. 30 della Convenzione medesima, presentare tutte le riserve contemplate dal disposto, fatta eccezione per l'accettazione della notifica a mezzo posta (prescritta al paragrafo 3 dell'articolo 17 Convenzione sull'assistenza) e per le imposte sul reddito, sugli utili o sugli utili di capitale o sul patrimonio netto riscosse per conto di suddivisioni politiche o di enti locali di una Parte.

A tal proposito si osserva che la notifica di documenti a mezzo posta a una persona residente nel territorio dell'altra parte, nell'ambito di una procedura di tassazione, di recupero o inerenti una procedura di assistenza amministrativa in corso, deve essere considerata quale strumento a favore del contribuente. Quest'ultimo deve potersi attivare celermente in merito ai documenti notificati e deve poter adottare i rimedi

²¹ Yongheon Jeong, "Spontaneous Exchange of Information", in Oliver-Christoph Günther/Nicole Tüchler (eds.), *Exchange of Information for Tax Purposes* (Vienna: Linde, 2013) p. 446.

²² Lettera del Consiglio di Stato del 5 marzo 2015 al Segretario di Stato Jacques de Watteville.

giuridici nei tempi stabiliti in modo più efficace che, ad esempio, con la pubblicazione nell'organo ufficiale. Al fine di raggiungere questo scopo, la notifica a mezzo posta deve avvenire in modo che concretamente il contribuente venga immediatamente a conoscenza dei documenti. Occorrerà quindi prescrivere che tutti gli atti devono essere recapitati tramite raccomandata con ricevuta di ritorno, come già contemplato dalla CDI con la Francia²³.

Riteniamo inoltre che in ossequio al nostro sistema federale sia opportuno riflettere se sfruttare la riserva prevista all'articolo 30 per l'assistenza relativa alle imposte secondo l'articolo 1 lettera b numero i della Convenzione sull'assistenza amministrativa. Con questa riserva i tributi riscossi per conto di enti locali (suddivisioni politiche) potrebbero non essere oggetto di nessun scambio di informazioni ai sensi della Convenzione sull'assistenza amministrativa. Per la Svizzera sono le imposte cantonali, e per quanto applicabili, le imposte comunali sul reddito, sugli utili, sugli utili di capitale e sulla sostanza²⁴.

In relazione alla recente firma della roadmap tra Svizzera ed Italia²⁵, ci preme sottolineare che l'eventuale entrata in vigore della Convenzione sull'assistenza amministrativa deve avvenire al più presto il 1 gennaio 2017, conformemente agli impegni internazionali assunti in ambito di scambio automatico e come già richiesto da questo esecutivo nella presa di posizione riguardante la Legge federale concernente l'applicazione unilaterale dello standard OCSE sullo scambio di informazioni (LASSI)²⁶. Questa data avrebbe altresì il pregio di limitare la portata della retroattività dell'assistenza amministrativa, limitata a 3 anni, per gli affari fiscali che implicano un atto intenzionale perseguibile in virtù del diritto penale della parte richiedente (art. 30 paragrafo 1 lett. f in relazione all'art. 28 paragrafo 7 della Convenzione sull'assistenza amministrativa e art. 1 cpv. 3 paragrafo 4 del Decreto federale concernente l'approvazione della Convenzione sull'assistenza).

Per quanto attiene il MCAA si è già detto che si riconosce che aderire allo scambio automatico d'informazione costituisce un ulteriore atto della Svizzera a voler rispettare gli standard internazionali nelle questioni fiscali. Tanto più che il nuovo standard internazionale promulgato dall'OCSE tiene conto delle esigenze che anche la Svizzera ha posto affinché lo standard possa soddisfare requisiti elevati per quanto concerne la protezione dei dati e il principio di specialità, ed affinché fosse garantita una reciprocità e si prevedessero delle norme affidabili per l'accertamento dei beneficiari economici di tutte le forme giuridiche. Avremmo preferito che l'implementazione in Svizzera dello scambio automatico di informazione avvenisse

²³ Art. 28bis della Convenzione tra la Confederazione Svizzera e la Repubblica Francese, modificata, intesa ad evitare la doppia imposizione in materia di imposte sul reddito e sulla sostanza nonché a prevenire la frode e l'evasione fiscale (con Protocollo), RS 0.672.934.91.

²⁴ Rapporto esplicativo concernente la Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale e modifica della legge sull'assistenza amministrativa fiscale, commento ad art. 2, pag. 11.

²⁵ Roadmap on the Way Forward in Fiscal and Financial Issues between Italy and Switzerland.

²⁶ Presa di posizione del Consiglio di Stato del 21 gennaio 2015 sulla Legge federale concernente l'applicazione unilaterale dello standard OCSE sullo scambio di informazioni (LASSI); procedura di consultazione.

sulla base del modello 127, quindi lo scenario dove due giurisdizioni concludono un trattato internazionale che prevede l'introduzione dello scambio automatico d'informazione. Con questo modello non sarebbe stato necessario ratificare la Convenzione sull'assistenza amministrativa, con le implicazioni sulla problematica dello scambio spontaneo di cui si è già detto sopra. Prendiamo comunque posizione su determinati punti in riferimento al MCAA ed alle leggi di applicazione.

Per quanto concerne il numero d'identificazione fiscale internazionale rileviamo che occorre che l'identificazione del contribuente sia precisa e possa avvenire in modo automatico. Si evince dall'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernenti lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari (detto in seguito Accordo) che tra le informazioni da scambiare vi sono nome-cognome, indirizzo, data di nascita, luogo di nascita e se presente il numero di identificazione fiscale (NIF)²⁸. Secondo lo standard sullo scambio automatico di informazioni, gli istituti finanziari devono rilevare il NIF delle persone oggetto di dichiarazione, per quanto sia loro attribuito un NIF nella Giurisdizione di residenza di queste ultime²⁹. Secondo l'art. 2 cpv.1 lett. g della Legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazioni in materia fiscale (detta in seguito LSAI) viene stabilito un *numero d'identificazione fiscale svizzero per gli enti (IDI)* che corrisponde al numero d'identificazione delle imprese secondo la legge federale del 18 giugno 2010 sul numero d'identificazione delle imprese (LIDI). Per le persone fisiche questo *numero d'identificazione fiscale svizzero* deve invece essere stabilito dal Consiglio federale (art. 2 cpv. 1 lett. f LSAI). Secondo il rapporto esplicativo l'esecutivo federale deve adottare con proposta legislativa separata l'introduzione del numero di identificazione fiscale armonizzato. Non appena questi sarà introdotto, il Consiglio federale potrà disporre mediante Ordinanza che tale numero d'identificazione fiscale sia utilizzato nell'ambito dello scambio automatico di informazioni³⁰. L'assegnazione del numero di identificazione fiscale deve essere fatta uniformemente all'interno della Confederazione. Lo stesso vale per la sua comunicazione a stati esteri, in quanto questi numeri di identificazione sono parte delle informazioni da scambiare. Riteniamo opportuno che venga adottato il numero AVS, dato che viene utilizzato come chiave universale da tutti i cantoni. Altre soluzioni comporterebbero un onere amministrativo sproporzionato per i cantoni. Nel caso in cui per ragioni diverse, quali per esempio la protezione dati, si dovesse decidere di non far riferimento al numero AVS, si chiede che la Confederazione si assuma i costi per l'implementazione di un numero d'identificazione per le persone fisiche universale.

²⁷ Rapporto esplicativo concernente l'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari e la legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazione in materia fiscale, pag. 8.

²⁸ Accordo multilaterale tra autorità competenti concernenti lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari, Sezione 2, paragrafo 2 lett. a.

²⁹ Rapporto esplicativo concernente l'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari e la legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazione in materia fiscale, pag. 30.

³⁰ Rapporto esplicativo concernente l'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari e la legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazione in materia fiscale, pag. 53.

Per quanto concerne l'utilizzo delle informazioni fiscali fornite dall'estero per altre autorità osserviamo che giusta l'art. 110 cpv. 2 LIFD l'informazione è ammessa nella misura in cui esista un fondamento legale nel diritto federale. In applicazione di questa disposizione, le autorità cantonali fiscali comunicano molteplici informazioni fiscali ad altre autorità amministrative e a tribunali (per esempio ai tribunali penali in ossequio all'art. 34 cpv. 3 CP, agli organi delle assicurazioni sociali, ex art. 32 cpv. 1 LPGa). Occorre quindi stabilire se le informazioni fiscali possono essere fornite, se queste sono state ottenute tramite uno scambio d'informazioni internazionale.

L'art. 22 cpv. 2 della Convenzione sull'assistenza amministrativa, in ossequio al principio di specialità, prevede che le informazioni sono comunicate in ogni caso soltanto alle persone o alle autorità (compresi i tribunali e le autorità amministrative) che si occupano dell'accertamento, della riscossione o del recupero delle imposte, dell'esecuzione o del perseguimento penale oppure della decisione di ricorrere a rimedi giuridici inerenti le imposte o della vigilanza. Soltanto dette persone o autorità possono utilizzare queste informazioni ed unicamente ai fini appena indicati. Eccezionalmente le informazioni ottenute da uno Stato contraente possono essere utilizzate per altri scopi, se tali informazioni possono essere impiegate per tali altri fini secondo la legislazione dello Stato contraente che fornisce le informazioni e che l'autorità competente di questo Stato contraente ne approva tale impiego (cfr. art. 22 cpv. 4 Convenzione sull'assistenza amministrativa).

La questione se le informazioni possano essere utilizzate eccezionalmente anche per altri scopi, al di fuori della procedura di tassazione, non può essere decisa dalle autorità cantonali. In effetti soltanto le autorità federali sono competenti per chiedere l'autorizzazione per l'impiego dei dati allo Stato estero. Il Decreto federale concernente l'approvazione e l'attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale propone di modificare anche degli articoli della LAAF, segnatamente il nuovo art. 22h cpv. 2 lett. b prevede che non sussiste alcun obbligo di mantenere il segreto nei confronti di organi giudiziari o amministrativi che sono stati autorizzati dal Dipartimento federale delle finanze (DFF), in particolare per reperire informazioni ufficiali presso le autorità incaricate di attuare la legge in questione. Attualmente non si può stabilire con certezza quanto spesso le informazioni ottenute tramite assistenza amministrativa e che sono state oggetto di una richiesta di informazione, saranno utilizzate nella procedura di tassazione. Ritenuto che, in ossequio al diritto fiscale svizzero, oggi le informazioni vengono trasmesse in molteplici casi ad altre autorità senza che vi siano vincoli di diritto internazionale, non dovrebbe stupire se questa norma dovesse risultare impraticabile per il DFF.

Occorre quindi esaminare in che modo questa problematica possa essere risolta con l'adozione di norme speciali nelle convenzioni applicabili. Secondo l'art. 22h cpv. 2 lett. c. Av-LAAF non sussiste alcun obbligo di mantenere il segreto se l'accordo applicabile lo consenta ed esiste una base legale nel diritto svizzero. In questo caso le autorità cantonali fiscali possono adempiere compiutamente ai loro obblighi di informazione previsti dal diritto svizzero.

Se non si riesce ad adottare una disposizione praticabile nella Convenzione stessa, si rileva che le autorità fiscali cantonali a causa delle limitazioni internazionali di

carattere superiore non potranno adempiere adeguatamente i compiti attribuiti dal legislatore svizzero.

Non da ultimo, con riferimento al principio dell'uguaglianza (art. 8 Cost), sarebbe insostenibile, se sulla base di norme internazionali inerenti l'obbligo del segreto, venissero, ad esempio, concessi sussidi per cassa malati a persone con cospicui conti stranieri. Queste persone verrebbero in questo modo privilegiate poiché le informazioni pervenute dall'estero non potrebbero essere trasmesse dall'autorità fiscale cantonale all'autorità amministrativa che si occupa di determinare i sussidi di cassa malati. Quanto detto potrebbe inoltre essere applicato anche in altri molti settori per i quali oggi l'autorità fiscale fornisce assistenza amministrativa ad altre autorità per prevenire abusi. Per questi motivi è di primaria importanza trovare una soluzione unica in relazione alla problematica dell'impiego delle informazioni.

Rileviamo che l'art. 18 cpv. 1 LSAI prescrive che le informazioni ricevute automaticamente dall'estero possono essere utilizzate per l'applicazione del diritto svizzero, conformemente a quanto ha rivendicato la Svizzera in seno all'OCSE in merito alla reciprocità dello scambio automatico d'informazioni.

Norma analoga è contemplata nel nuovo 22e cpv.1 Av-LAFF che prevede che le informazioni che altri Stati hanno trasmesso spontaneamente alle autorità fiscali interessate possono essere impiegate al fine di applicare e attuare il diritto fiscale svizzero. A tal proposito è d'uopo osservare che l'assistenza amministrativa in materia fiscale contempla pure la possibilità di porre domande di chiarimento allo Stato partner. Per questo nella Convenzione sull'assistenza è previsto lo strumento dello scambio d'informazioni su domanda.

Con la LAAF attualmente in vigore questo meccanismo è però limitato. In effetti giusta l'art. 22 cpv. 6 LAAF le domande di assistenza amministrativa relative a informazioni bancarie possono essere presentate soltanto se tali informazioni potrebbero essere ottenute secondo il diritto svizzero. Oggi solo la presenza di sospetti giustificati di gravi infrazioni fiscali quali la sottrazione continuata di importanti somme d'imposta e i delitti fiscali (art. 190 LIFD) permettono una deroga del segreto bancario. Con l'introduzione di uno scambio di informazioni spontaneo ed automatico, la limitazione dell'art. 22 cpv. 6 LAAF non è in linea con quanto perseguito in ambito di scambio d'informazioni in materia fiscale. Riteniamo che una possibile interpretazione della volontà del Consiglio federale sia da ricercare nel fatto che il segreto bancario svizzero debba essere tutelato. Secondo il principio di territorialità dev'essere garantito il segreto fiscale, secondo la legislazione svizzera, per soggetti residenti in Svizzera con relazioni bancarie presso istituti svizzeri. Su questo specifico tema avrà comunque modo di esprimersi il popolo svizzero, considerato che l'iniziativa popolare federale "Sì alla protezione della sfera privata" è formalmente riuscita³¹.

Rileviamo che nel contesto internazionale non si tratta di tutelare il segreto bancario svizzero, ma solo di poter verificare (tramite una richiesta di informazioni su domanda inerente anche conti bancari esteri) le informazioni provenienti da uno Stato estero, o da un istituto finanziario estero ricevute senza richiesta dalla Svizzera

³¹ Riuscita dell'iniziativa popolare "Sì alla protezione della sfera privata" in data 23 ottobre 2014, FF 2014 7495.

(segnatamente spontaneamente od automaticamente). A titolo di esempio, si potrebbe ipotizzare di ricevere, mediante lo scambio automatico di informazioni, il saldo e gli interessi di un conto estero non noto all'Autorità preposta all'accertamento fiscale cantonale; sarebbe opportuno poter usufruire delle più ampie possibilità offerte dallo scambio di informazione su domanda per verificare in quale modo e con quale frequenza si alimenta tale conto bancario. Per questo motivo si chiede l'abolizione dell'art. 22 cpv. 6 LAAF.

Per quanto concerne l'impiego interno delle informazioni comunicate all'estero, si rileva che secondo l'art. 21 cpv. 2 LAAF, le informazioni bancarie possono essere impiegate soltanto se queste avrebbero potuto essere ottenute secondo il diritto svizzero. Il Consiglio federale con l'introduzione dello scambio internazionale dei dati non vuole permettere uno scambio di informazioni tra gli istituti bancari con sede in Svizzera e le autorità fiscali. Quest'opinione può essere condivisa se la comunicazione dei dati allo Stato richiedente permetta alla Svizzera, tramite una domanda di assistenza amministrativa, di richiedere ulteriori informazioni sullo stesso oggetto. Si ritiene tuttavia opportuno che i dati comunicati all'estero dovrebbero essere pure a disposizione delle autorità fiscali svizzere ai fini di fare osservare il diritto fiscale svizzero. Il Consiglio federale da parte sua aveva riconosciuto esplicitamente che la Svizzera ha accettato una discriminazione delle autorità fiscali interne per rapporto a quelle estere³², che il Canton Ticino aveva a suo tempo condiviso³³, tuttavia con i cambiamenti nel frattempo intervenuti, non vi è più alcuna giustificazione fondata alla base di questa distinzione, ne consegue che è necessario un adeguamento dell'art. 21 cpv. 2 LAAF.

L'abolizione/aggiornamento dei disposti di cui agli art. 22 cpv. 6 LAAF e 21 cpv. 2 LAAF erano d'altronde già state chieste da questo esecutivo nella presa di posizione riguardante la LASSI³⁴.

Segnaliamo inoltre che al fine di attuare un efficiente utilizzo delle informazioni provenienti dall'estero nei singoli Cantoni per le notifiche ai singoli contribuenti è necessario che i dati annunciati in valuta estera vengano calcolati in CHF già allo stadio della Confederazione prima della loro comunicazione alle amministrazioni fiscali cantionali. È inoltre importante che la Confederazione attui le notifiche nel formato dati e tramite il canale che è già utilizzato dai Cantoni per le notifiche intercantonali. In particolare queste notifiche devono essere visualizzabili in tutti i Cantoni. Un investimento centrale a livello della Confederazione è la premessa per mantenere bassi eventuali costi logistici/amministrativi/organizzativi cantionali.

Da ultimo rileviamo che, nelle precedenti prese di posizione in ambito fiscale, abbiamo sempre chiesto che il Consiglio federale si faccia promotore di un'amnistia

³² Rapporto esplicativo del Consiglio federale concernente la Legge sull'assistenza amministrativa fiscale, pag. 23.

³³ Presa di posizione del Consiglio di Stato del 5 maggio 2011 sulla Procedura di consultazione in merito all'avamprogetto della Legge federale sull'assistenza amministrativa internazionale in materia fiscale (AV-LAAF).

³⁴ Presa di posizione del Consiglio di Stato del 21 gennaio 2015 sulla Legge federale concernente l'applicazione unilaterale dello standard OCSE sullo scambio di informazioni (LASSI); procedura di consultazione.

fiscale federale. Nel Rapporto esplicativo allegato alla consultazione il Consiglio federale sembra perlomeno implicitamente escludere questa possibilità³⁵. Si afferma infatti che dall'inizio del 2010 in Svizzera è possibile ricorrere all'autodenuncia esente da pena e al recupero d'imposta semplificato nei casi di successione³⁶. Secondo l'esecutivo federale questi strumenti sono sufficienti per regolarizzare la posizione dei contribuenti.

Nel contesto della fiscalità internazionale le amnistie fiscali possono essere suddivise in due tipologie: quelle finanziarie e quelle legali. Le prime si configurano in una riduzione dell'onere d'imposta ordinaria, in un abbandono degli interessi di ritardo e non prevedono penalità. Le seconde prevedono una depenalizzazione sia a livello amministrativo sia a livello penale per il passato non "compliant". Un'amnistia fiscale può prevedere una combinazione di queste due tipologie³⁷.

Ci permettiamo osservare che le misure introdotte nel 2010 e sopraccitate possono essere considerate una sorta di amnistia legale ai sensi del diritto fiscale internazionale, in quanto prescindono dal prelievo di una multa e dal perseguimento di eventuali reati penali connessi con la sottrazione d'imposta. Come sopra evidenziato il diritto internazionale riconosce anche la cosiddetta amnistia di carattere finanziario. Pertanto chiediamo che la possibilità di un'amnistia finanziaria venga presa in considerazione e si proponga una misura simile a quella già effettuata nel 1969. Una simile misura permetterebbe di migliorare in modo tangibile la "compliance" fiscale dei contribuenti e genererebbe inoltre un maggiore gettito.

Da ultimo riteniamo opportuno riassumere la nostra posizione:

1. è auspicabile adottare lo scambio automatico d'informazioni relative ai conti finanziari, senza che questi trovi il proprio fondamento nella Convenzione sull'assistenza amministrativa;
2. non bisogna ratificare la Convenzione sull'assistenza amministrativa fintanto che non siano forniti dettagli e ci siano certezze sull'estensione dello scambio spontaneo d'informazioni;
3. nella denegata ipotesi che la Convenzione sull'assistenza amministrativa venisse ratificata si chiede che:

³⁵ Rapporto esplicativo concernente l'Accordo multilaterale tra autorità competenti concernente lo scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari e la legge federale sullo scambio automatico internazionale di informazione in materia fiscale, pag. 44.

³⁶ Messaggio del Consiglio federale concernente la legge federale relativa alla semplificazione del recupero d'imposta in caso di successione e all'introduzione dell'autodenuncia esente da pena del 18 ottobre 2006, nr. 06.085. Messaggio del Consiglio di Stato concernente il progetto di modifica della legge tributaria del 21 giugno 1994: adeguamento alla Legge federale del 20 marzo 2008 relativa alla semplificazione del recupero d'imposta in caso di successione e all'introduzione dell'autodenuncia esente da pena del 17 settembre 2008, nr. 6116.

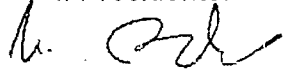
³⁷ Vokhidjon Urinov, Tax amnesties as Transitional Bridge to Automatic Exchange of Information, Bulletin for international taxation, Marzo 2015, pag. 172.

- vengano scambiate spontaneamente le informazioni relative ai redditi conseguiti dai lavoratori indipendenti e dai lavoratori distaccati conseguiti sul territorio di uno Stato da parte dei residenti nell'altro Stato;
 - sia valutata in modo più approfondito la riserva, giusta l'art. 30 della Convenzione medesima, secondo la quale i tributi riscossi per conto di enti locali (suddivisioni politiche) non saranno oggetto di nessun scambio di informazioni ai sensi della Convenzione sull'assistenza amministrativa; per la Svizzera sono le imposte cantonali, e per quanto applicabili, le imposte comunali sul reddito, sugli utili, sugli utili di capitale e sulla sostanza. A dipendenza dell'esito di questo esame, si dovrà eventualmente modificare l'art. 3 cpv. 3 paragrafo 1 del Decreto federale concernente l'approvazione della Convenzione sull'assistenza;
4. proposte per la messa in opera dello scambio d'informazione, segnatamente modifiche delle norme nazionali di attuazione:
- adeguamento dell'art. 21 cpv. 2 LAAF al fine di permettere un corretto impiego in Svizzera delle informazioni bancarie;
 - abolizione dell'art. 22 cpv. 6 LAAF onde permettere di formulare delle domande di assistenza su richieste legate a conti bancari.

Voglia gradire, Signora Consigliera federale, l'espressione della nostra alta stima.

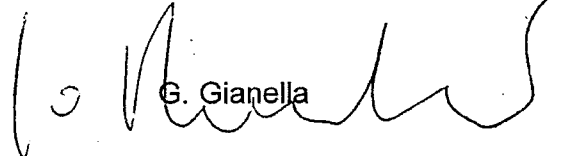
PER IL CONSIGLIO DI STATO:

Il Presidente:



M. Bertoli

Il Cancelliere:



G. Gianella

Allegato:

Questionario concernente l'approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale

Copia per conoscenza a:

Divisione delle contribuzioni, Residenza

Deputazione ticinese alle Camere federali (joerg.debernardi@ti.ch;
nicolo.parente@ti.ch; renata.gottardi@ti.ch; sara.guerra@ti.ch)

Pubblicazione in internet

**Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione
sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015**

Parere

Nome / azienda / organizzazione : Consiglio di Stato del Canton Ticino

Sigla dell'azienda / organizzazione : CdS

Indirizzo : 6500 Bellinzona

Persona di contatto : Simona Genini/Giordano Macchi

Telefono : 091 814 39 49 / 091 814 39 58

E-Mail : simona.genini@ti.ch; giordano.macchi@ti.ch

Data : 13 aprile 2014

Vi preghiamo di inviarci il vostro parere al più tardi entro il 21 aprile 2015. Inviatelo, se possibile elettronicamente, il questionario compilato (in formato PDF e Word) al seguente indirizzo: vernehmlassungen@sif.admin.ch.

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

Parte A – In generale

1. Sostenete in linea di massima l'adesione della Svizzera alla Convenzione sull'assistenza amministrativa?

☐ Sì (passate alla domanda 2)

☒ NO (passate alla parte E) ma ☐ Nessun parere / non interessato
subordinatamente in caso di adesione si
formulano le seguenti osservazioni

Osservazioni:

come rilevato nella presa di posizione del CdS si ritiene auspicabile adottare lo scambio automatico di informazioni senza che questi trovi il fondamento nella Convenzione sull'assistenza amministrativa, il formulario viene comunque compilato nella denegata ipotesi che si decida di procedere con la sua ratifica

2. Siete completamente d'accordo con la proposta del Consiglio federale di approvazione e attuazione della Convenzione sull'assistenza amministrativa?

☐ Sì (procedete alla parte F)

☒ NO (procedete alla domanda 3)

☐ Nessun parere / non interessato

Osservazioni:

le riserve devono essere maggiormente valutate

3. Per quale parte dell'avamprogetto avete proposte di modifica?

☐ Siamo d'accordo con le dichiarazioni e le riserve che devono essere presentate dalla Svizzera / con le modifiche della legge sull'assistenza amministrativa fiscale (passate alla parte B, successivamente alla parte F)

☐ Siamo d'accordo con le modifiche della legge sull'assistenza amministrativa fiscale / le dichiarazioni e le riserve che devono essere presentate dalla Svizzera (passate alla parte C, successivamente alla parte F)

☐ Con entrambe le parti dell'avamprogetto (passate alla parte B, successivamente alle parti C e F)

☐ Con un'altra parte dell'avamprogetto (passate alla parte D, successivamente alla parte F)

☒ Con entrambe le parti dell'avamprogetto nonché con un'altra parte dell'avamprogetto (passate alla parte B, successivamente alle parti C, D e F)

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

Parte B – Riserve e dichiarazioni

4. La Svizzera deve presentare le seguenti riserve alla Convenzione sull'assistenza amministrativa:

a) Riserva ai sensi dell'articolo 30 paragrafo 1 lettera a ad articolo 2 paragrafo 1 lettera b della Convenzione sull'assistenza amministrativa (campo di applicazione)

Il Consiglio federale propone di presentare le seguenti riserve. Ne consegue che la Svizzera non può fornire né ottenere alcuna assistenza amministrativa per queste imposte. Siete d'accordo?

	Sì	No
Contributi obbligatori della sicurezza sociale dovuti alle amministrazioni pubbliche o a organismi di sicurezza sociale di diritto pubblico (art. 2 par. 1 lett. b n. ii della Convenzione sull'assistenza amministrativa)	si	
Imposte sulle successioni e sulle donazioni	si	
Imposte sulla proprietà immobiliare	si	
Imposte generali sul consumo come l'imposta sul valore aggiunto e l'imposta sulla cifra d'affari	si	
Determinate imposte su beni e servizi come le imposte sul consumo	si	
Imposte sull'uso o sulla proprietà di veicoli a motore	si	
Imposte sull'uso o sulla proprietà di beni mobili altri che i veicoli a motore	si	
Qualsiasi altra imposta	si	

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul No):

☐ Nessun parere / non interessato

b) Riserva ai sensi dell'articolo 30 paragrafo 1 lettera b ad articoli 11-16 della Convenzione sull'assistenza amministrativa (Assistenza amministrativa nell'esecuzione)

Il Consiglio federale propone di presentare una riserva. Ne consegue che la Svizzera non può fornire né ottenere alcuna assistenza amministrativa in ambito di esecuzione. Siete d'accordo?

x ☐ Sì (passate alla domanda 4d)

Il Consiglio federale propone di non presentare la seguente riserva. Ne consegue che la Svizzera non può fornire né ottenere alcuna assistenza amministrativa per queste imposte. Siete d'accordo?

	Sì	No
Imposte sul reddito, sugli utili o sugli utili di capitale o sul patrimonio netto riscosse per conto di suddivisioni politiche o di enti locali di una Parte (art. 2 par. 1 lett. b n. i della Convenzione sull'assistenza amministrativa)		Da meglio esaminare

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul No):
sarebbe auspicabile valutare in modo più approfondito questa riserva in ossequio al nostro sistema federale

☐ Nessun parere / non interessato

☐ Nessun parere / non interessato

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

☐ NO (passate alla domanda 4c)

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul No):

c) Riserva ai sensi dell'articolo 30 paragrafo 1 lettera c della Convenzione sull'assistenza amministrativa (Assistenza amministrativa per crediti esistenti)

La presente riserva concerne l'assistenza amministrativa in ambito di esecuzione. Rispondete soltanto se avete risposto «No» alla domanda 4a. Se non viene formulata nessuna riserva all'assistenza in ambito di esecuzione, occorre formulare una riserva ai sensi dell'articolo 30 capoverso 1 lettera c?

☐ Nessun parere / non interessato

☐ Sì

☐ NO

Motivazione:

d) Riserva ai sensi dell'articolo 30 paragrafo 1 lettera d ad articolo 17 della Convenzione sull'assistenza amministrativa (Assistenza amministrativa nella notifica e comunicazione di atti)

Il Consiglio federale propone di presentare una riserva. Ne consegue che la Svizzera non può fornire né ottenere alcuna assistenza amministrativa in ambito di notifica e comunicazione di atti. Siete d'accordo?

☐ Nessun parere / non interessato

☒ Sì

☐ NO

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul No):

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

e) Riserva ai sensi dell'articolo 30 paragrafo 1 lettera e ad articolo 17 capoverso 3 della Convenzione sull'assistenza amministrativa (Notifica postale diretta)

Il Consiglio federale propone di non formulare nessuna riserva. Ne consegue che è consentita la notifica diretta a mezzo posta nelle relazioni con altre Parti che non hanno presentato questa riserva. Siete d'accordo?

☐ Nessun parere / non interessato

x ☐ Sì a determinate condizioni

☐ NO

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul No):

la notifica a mezzo posta deve avvenire in modo che il contribuente venga immediatamente a conoscenza dei documenti, occorrerà quindi prescrivere che tutti gli atti devono essere recapitati con ricevuta di ritorno

f) Riserva ai sensi dell'articolo 30 paragrafo 1 lettera f all'articolo 28 paragrafo 7 della Convenzione sull'assistenza amministrativa (Limitazione dell'applicazione dell'art. 28 cpv. 7 della Convenzione sull'assistenza amministrativa a periodi di imposizione che precedono di tre anni l'entrata in vigore della Convenzione sull'assistenza amministrativa)

Il Consiglio federale propone di presentare una riserva. La Convenzione sull'assistenza amministrativa prevede che nei casi di comportamento intenzionale l'assistenza amministrativa debba essere prestata anche per quanto riguarda i periodi di imposizione e i obblighi fiscali *anteriori* all'entrata in vigore della Convenzione sull'assistenza amministrativa. Con la presentazione della riserva questo periodo di tempo è limitato ai tre anni che precedono l'entrata in vigore della Convenzione sull'assistenza amministrativa. Siete d'accordo?

☐ Nessun parere / non interessato

x ☐ Sì

☐ NO

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul No):

5. La Svizzera deve formulare le seguenti dichiarazioni in merito alla Convenzione sull'assistenza amministrativa:

a) Dichiarazione ai sensi dell'articolo 4 paragrafo 3 della Convenzione sull'assistenza amministrativa (Informazione della persona interessata)

Il Consiglio federale propone di formulare una dichiarazione secondo la quale la

☐ Nessun parere / non interessato

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

persona interessata ai sensi della legislazione svizzera viene informata. Siete d'accordo?

☒ SÌ

☐ NO

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul No):

b) Dichiarazione ai sensi dell'articolo 9 paragrafo 3 della Convenzione sull'assistenza amministrativa (Nessun controllo fiscale all'estero)

Il Consiglio federale propone di presentare una dichiarazione secondo la quale la Svizzera non ammetterà la presenza di rappresentanti dell'autorità competente dello Stato richiedente durante i controlli fiscali in Svizzera. Siete d'accordo?

☐ Nessun parere / non interessato

☒ SÌ

☐ NO

Motivazione (se avete apposto una crocetta sul NO):

Parte C – Modifiche della legge sull'assistenza amministrativa fiscale (LAAF)

Vogliate inserire le vostre osservazioni, unitamente a una proposta di modifica, nel singolo campo di testo. Potete lasciare il campo vuoto per quanto riguarda le disposizioni in merito alle quali non avete formulato osservazioni/proposte di modifica. Le osservazioni/proposte di modifica concernenti le disposizioni della LAAF possono essere inserite nella parte bassa della tabella.

Articolo	Osservazioni	Proposta di modifica (proposta di testo)
Capitolo 1: Disposizioni generali		
Art. 1 cpv. 1 Periodo introduttivo		

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

Art. 2 Competenza		
Art. 3 lett. a, b ^{bis} e d		
Art. 4 Principi		
Art. 5a Convenzioni sulla protezione dei dati		
Capitolo 2: Scambio di informazioni su richiesta		
Sezione 2: Ottenimento di informazioni		
Art. 9 cpv. 5		
Art. 10 cpv. 4		
Art. 14 cpv. 4		
Art. 14a cpv. 3 ^{bis} , 4 lett. b e 5		
Sezione 3: Procedura		
Art. 17 cpv. 3		
Art. 20 cpv. 3		
Titolo prima dell'art. 21a		
Art. 21a rubrica e cpv. 4 e 5		
Art. 22 cpv. 5 ^{bis}		
Capitolo 3: Scambio spontaneo di informazioni		
Art. 22a Principi		
Art. 22b Informazione della persona legittimata al ricorso		
Art. 22c Diritto di partecipazione e di prendere visione degli atti delle persone legittimate al ricorso		

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

Art. 22d Procedura		
Art. 22e Informazioni ottenute spontaneamente dall'estero		
Capitolo 4: Trattamento dei dati, obbligo di mantenere il segreto e statistiche		
Art. 22f Trattamento dei dati		
Art. 22g Sistema d'informazione		
Art. 22h Obbligo di mantenere il segreto		
Art. 22i Statistiche		
Capitolo 5: Disposizioni penali		
Art. 22j		

Parte D – Altre parti dell'avamprogetto

1. Avete osservazioni / proposte di modifica concernenti un'altra parte del parte del decreto federale?

☐ Sì e più esattamente in merito a

☐ Articolo 1 capoverso 4 e/o articolo 2 capoverso 2 del decreto federale

Motivazione:

☒ Articolo 3 del decreto federale

Motivazione:

nel caso venga formulata la riserva, giusta l'art. 30 della Convenzione sull'assistenza amministrativa, secondo la quale i tributi riscossi per conto di enti locali non saranno oggetto di nessun scambio di informazione ai sensi della Convenzione medesima

☐ Articolo 4 del decreto federale

Motivazione:

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)

Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

☐ Articolo 5 del decreto federale

Motivazione:

☐ Articolo 6 del decreto federale

Motivazione:

☒ Modifica della legge sull'assistenza amministrativa fiscale. La(e) seguente(i) disposizione(i) della legge sull'assistenza amministrativa fiscale deve (devono) essere modificata(e) come segue:

Articolo	Osservazioni	Proposta di modifica (proposta di testo)
Art. 21 cpv. 2 LAAF	Abrogazione/modifica alfine di permettere un corretto impiego in Svizzera delle informazioni bancarie	
Art. 22 cpv. 6 LAAF	Abrogazione onde permettere di formulare delle domande di assistenza su richiesta legate a conti bancari	

☐ NO

2. Ritenete che altri atti legislativi debbano essere modificati?

☐ Sì e più esattamente:

Motivazione:

☐ No

Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015

3. Altre richieste / osservazioni

Parte E – Reiezione dell'avamprogetto

Per quale motivo siete contrari all'adesione della Svizzera alla Convenzione sull'assistenza amministrativa?

Siamo contrari ad aderire già oggi alla Convenzione sull'assistenza amministrativa, in quanto essa prescrive lo scambio spontaneo d'informazioni. Al momento attuale vi è troppa incertezza di come si voglia attuare questo scambio e con quali modalità e aspettative da parte degli Stati, soprattutto per quanto riguarda lo scambio spontaneo di informazioni mediante procedure di ruling fiscale in materia di imposizione delle persone giuridiche.

Parte F – Altre richieste / osservazioni

Avete altre osservazioni, richieste o proposte in merito all'avamprogetto?

☒ Sì e più esattamente:

L'art. 13 cpv. 5 progetto LSAI dovrebbe essere dello stesso tenore dell'art. 21 cpv. 2 LAAF per il quale si è chiesta la modifica/l'abrogazione.

L'autolimitazione oggi in essere non ha più ragione di esistere, i dati comunicati all'estero dovrebbero pure essere a disposizione delle autorità fiscali svizzere al fine di far osservare il diritto fiscale svizzero

☐ No

**Approvazione e attuazione della Convenzione del Consiglio d'Europa e dell'OCSE sull'assistenza amministrativa in materia fiscale (Convenzione
sull'assistenza amministrativa)
Consultazione: dal 14 gennaio al 21 aprile 2015**

Fine del questionario. Grazie della vostra partecipazione.

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Réf. : MFP/15023208

Lausanne, le 24 janvier 2018

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec Singapour et Hong Kong

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du présent projet qui vise l'introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) avec Singapour et Hong Kong.

Il approuve la stratégie du Conseil fédéral qui vise à mettre en œuvre les normes internationales dans le domaine du droit fiscal et, ainsi, à renforcer la réputation et l'intégrité de la place financière suisse ainsi que sa compétitivité à l'échelle internationale.

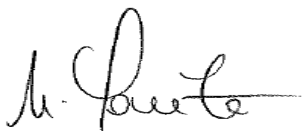
Il n'a pas de remarque particulière concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec Singapour et Hong Kong qui satisfont aux exigences de l'OCDE quant à la confidentialité et la sécurité des données en matière fiscale et mettent à disposition de leurs contribuables des possibilités adéquates de régularisation d'avoirs non déclarés.

Nous vous remercions d'avoir consulté le Canton de Vaud sur ce projet et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



Nuria Gorrite



Vincent Grandjean

Copies

- ACI
- OAE

Courrier envoyé sous forme électronique à vernehmlassungen@sif.admin.ch



Conseil d'Etat
Staatsrat
CP 478, 1951 Sion

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2017.04484

Département fédéral des finances
Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Bundesgasse 3
3003 Berne

Références BA

Date

- 6. Dez. 2017

Consultation fédérale : Arrêtés fédéraux concernant l'approbation des accords avec Singapour et Hong Kong sur l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers à partir de 2018/2019

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre lettre du 13 octobre 2017 concernant la procédure de consultation citée en marge nous est bien parvenue et nous formulons ci-après nos observations.

L'introduction de l'échange automatique de renseignements avec Singapour et Hong Kong est la suite logique de la stratégie adoptée par le Conseil fédéral pour le maintien de l'attractivité et le renforcement de la place financière suisse dans le cadre de la reprise des standards internationaux en matière d'échange de renseignements.

Singapour et Hong Kong sont des places financières incontournables au niveau mondial et nous sommes d'avis qu'il est crucial pour la Suisse de mettre en œuvre l'échange automatique de renseignements avec ces deux Etats. Singapour et Hong Kong satisfont aux exigences internationales de confidentialité et de sécurité des données en matière fiscale et offre à leurs contribuables des possibilités suffisantes de se régulariser.

En conclusion, le Conseil d'Etat est favorable à l'approbation des arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec Singapour et Hong Kong.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention portée à sa détermination et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Jacques Melly



Le chancelier

Philipp Spörri

Copie à vernehmlassung@sif.admin.ch



Place de la Planta 3, CP 478, 1951 Sion
Tel. 027 606 21 00 - Fax 027 606 21 04



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec Singapour et Hong Kong

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 13 octobre 2017 relative à la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Conformément à votre demande, nous vous adressons ci-dessous la prise de position du canton de Neuchâtel sur ce sujet.

Les arrêtés contenus dans la présente consultation constituent l'étape nécessaire pour une mise en oeuvre de l'échange automatique de renseignements (EAR) avec Singapour et Hong Kong. Comme le relève le rapport explicatif, Singapour et Hong Kong correspondent au profil des États avec lesquels le Conseil fédéral souhaite introduire l'EAR.

En ce sens, le gouvernement neuchâtelois n'a pas de remarques à formuler et prend acte que ces accords entreront en vigueur en 2018/2019.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur cet objet, nous vous prions d'agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 22 janvier 2018

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAYRE

La chancelière,
S. DESPLAND



NE

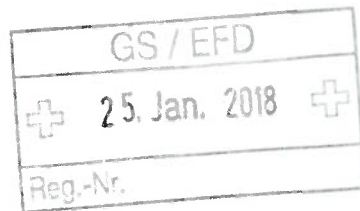


RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 24 janvier 2018

Le Conseil d'Etat

146-2018



Département fédéral des finances
Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) relatifs aux comptes financiers avec Singapour et Hong Kong

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par lettre adressée aux gouvernements cantonaux du 13 octobre 2017, vous invitez ceux-ci à prendre position sur les projets d'arrêts fédéraux mentionnés en titre.

À plusieurs occasions, le Conseil d'Etat a exprimé son soutien à la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière suisse compétitive. Sur l'introduction de l'EAR avec Singapour et Hong Kong, nous n'avons pas de commentaire spécifique à formuler.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes.

Veuillez croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

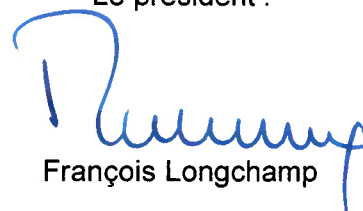
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp